

Fassen wir zusammen, was wir wollen, so ist es dieses: Mit allen Mitteln werden wir uns das Recht unseres Berufes, die Herrschaft über die Preisbestimmung selbst in die Hand zu nehmen, verteidigen. Wir lehnen jeden zwangsmäßigen und bureaukratischen Eingriff auf diesem Gebiete ab, weil letzten Endes ein derartiger Eingriff immer zum Unsinn führen muß. Die heutige Zeit hat keinen Raum für einen großen behördlichen Apparat, der anscheinend nur dazu da ist, dem Handwerk Schwierigkeiten zu machen, wenn dieses nicht auf den Pfennig genau die Berechtigung seiner Forderungen nachweisen kann. Die Preisprüfungsstellen haben im großen und ganzen ihre Aufgabe verfehlt. Sie haben verlagert gegen die Trusts der Großindustrie und haben sich nur stark gefühlt gegenüber dem Handwerker und dem Einzelhandel. Es ist die höchste Zeit, daß die Preisprüfungsstellen als vollständig überflüssige Einrichtungen in kürzester Zeit verschwinden.

Antrag: Die Reichstagung des Zentralverbandes der Deutschen Uhrmacher fordert die sofortige Aufhebung der Preisprüfungsstellen und die sofortige Aufhebung sämtlicher Verordnungen über Preistreiberi (Wucher), da diese in der gegenwärtigen Zeit, wo unter einem erbitterten gegenseitigen Konkurrenzkampf die Bestimmung der Preise auf das äußerste Maß automatisch erfolgt und dadurch die Qualitätsarbeit unmöglich gemacht wird, überflüssig sind.

Hierauf ergriff Herr Dr. Dienst, der Syndikus des Wirtschaftsverbandes der Deutschen Uhrenindustrie, das Wort. Die Geldentwertung und die übrigen Schwierigkeiten des letzten Jahres machten Zahlungsbedingungen notwendig, die fortwährend geändert werden mußten, um nicht zugrunde zu gehen. Immerhin haben die deutschen Uhrmacher verhältnismäßig stets billig kaufen können, da sich die Industrie durch Export über Wasser hielt. Nach dem Standpunkt der Fabrikanten könne man die Vorkriegsbedingungen oder solche auf längere Sicht jetzt nicht festsetzen, weil in nächster Zeit die Entscheidung über eine neue deutsche Währung falle. Es müsse sich jetzt entscheiden, ob es besser oder schlechter werde. Den vom Zentralverband geforderten Skonto könne man auf die Dauer niemals gewähren, weil die Gewinn-Quote der Industrie so gering sei, daß sie mit dem geforderten Skontosatz noch nicht gedeckt werde. In Zeiten der Überproduktion sei der Gewinn stets so niedrig, daß kaum die Selbstkosten gedeckt werden. Man müsse berücksichtigen, daß die Steuerlast allein 10—12% des Umsatzes ausmache. Er bitte die Geschäftsstelle des Zentralverbandes, die geforderten Zahlungsbedingungen formuliert vorzulegen. Durch Verhandlungen würden sicher Zahlungsbedingungen erreicht werden, die beide Teile befriedigen. Im übrigen könne man hoffen, daß die gegenwärtige Pumpwirtschaft bald verschwinde. Das Bestreben der Fabrikanten in der Inflationszeit wäre das gewesen, nicht nur ihre Substanz, sondern auch die der Uhrmacher zu erhalten. Er hoffe, daß die deutschen Uhrmacher einsehen werden, daß die Fabrikanten nicht nur — wie es noch allgemeine Ansicht sei — Diktatoren gewesen seien.

Auf eine Anfrage nach den Zielen bei Auslandsgeschäften erklärt Herr Dr. Dienst noch, daß die Zahlungsbedingungen für das Ausland noch die gleichen seien, wie im Frieden und daß sie verschieden seien, je nach den verschiedenen Ländern und nach Übersee. Im allgemeinen beträgt das Ziel zwei Monate.

Hierauf wird in eine Besprechung der

Luxussteuer-Fragen.

eingetreten. Der Vorsitzende verliest die Anträge 1—11.

Herr Dr. Felsing nahm hierauf das Wort zu folgenden Ausführungen: Die vorliegenden Anträge, welche die Aufhebung bzw. Veränderung der Luxussteuer bezwecken, sprechen durch ihren Inhalt bzw. ihre Begründung so deutlich für sich, daß ich es mir versagen kann, die Versammlung durch eine Wiederholung zu ermüden. Von allen einsichtigen, wirtschaftlich geschulten Persönlichkeiten wird anerkannt, daß die Belastung hochwertiger Fabrikate durch die Luxussteuer eine so außerordentlich starke ist, daß sie unsere Preise gegenüber den im Auslande üblichen derart stark heraufsetzt, daß von einer wirtschaftlich erträglichen Höhe nicht mehr gesprochen werden kann. Insbesondere werden die Waren — abgesehen von der leider bei uns durch die verminderte Arbeitsleistung, die soziale Gesetzgebung und andere Lasten schon ohnehin gegen das Ausland ins Auge fallende absolute Verteuerung — derart in die Höhe getrieben, daß das deutsche Publikum in Wirklichkeit übersteuert und daß in Deutschland befindliche Ausländer vom Kauf restlos abgehalten werden müssen. Auch diejenigen Beobachtungsschichten, welche jetzt wieder häufiger werdende Auslandsreisen unternehmen, ziehen es begreiflicher Weise vor, die dort erhältlichen billigeren Waren zu

kaufen und entgehen auf diese Weise der deutschen Geschäftswelt geradezu ungeheuerliche Summen.

Herr Dr. Felsing legte an mehreren Beispielen dar, daß die verschiedenen Phasen der Umsatzsteuer zugleich mit der Luxussteuer einen erhöht steuerpflichtigen Gegenstand derartig verteuert, daß geradezu phantastische Ziffern herauskommen. Bemerkenswert sei dabei die Tatsache, daß sich bis auf einige Pfennige dieselben Endzahlen ergeben, gleichgültig, ob die erhöhte Umsatzsteuer beim Hersteller oder beim Einzelhändler erhoben wird; es ist dies eine selbst dem besten Kenner der Materie erstaunliche Tatsache, mit welcher bisher bei den Erwägungen über die Zweckmäßigkeit der Erhebungen beim Hersteller oder Kleinhändler nicht gerechnet werde.

Der Zentralverband der Deutschen Uhrmacher hat sich in kurzer Zeit an alle dem Uhren- und Edelmetallgewerbe im weitesten Sinne des Wortes angehörende Verbände gewandt, um eine gemeinsame Aktion bei dem Reichsfinanzministerium einzuleiten, zu dem Zwecke, die Aufhebung oder zum mindesten eine wesentliche Milderung der Luxussteuer zu erreichen. Die Zeit erscheint für ein solches Vorgehen um so günstiger, als bekanntlich die Regierung die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2% beschlossen und der Reichswirtschaftsrat daraufhin die Entschließung gefaßt habe, daß eine weitere Herabsetzung auf 1½% notwendig sei, gleichzeitig mit dem Ersuchen an die Regierung, generell für eine zeitgemäße Umgestaltung der Umsatzbesteuerung entsprechend den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Sorge zu tragen. Folge die Regierung dieser Anforderung des Reichswirtschaftsrates, so sei sie auch in der Lage, die „Luxussteuer“ genannte erhöhte Umsatzbesteuerung in einer zeitgemäßen Weise zu verändern, was nur durch eine Aufhebung oder zum mindesten durch eine wesentliche Milderung geschehen könne.

Nachdem die Reichstagung der Deutschen Uhrmacher zu dieser Angelegenheit ihre Beschlüsse gefaßt habe, würde unverzüglich mit den obengenannten Verbänden die Aktion dem Reichsfinanzministerium und an sonst geeignete Stellen weitergeführt, und dabei auch an fernerkstehende Verbände herangetreten werden, welche durch die Luxussteuer in ihrer Existenz bedroht und daher auf dem Wege seien, gegen dieselbe mit allen Mitteln anzukämpfen; in der Hauptsache sei dies das Rauchwarengewerbe und die Automobil-Industrie.

Ob und in welchem Umfange diese Bestrebungen einen Erfolg zeitigen würden, kann natürlich im Augenblick nicht gesagt werden. Auf jeden Fall werde der Zentralverband nichts unversucht lassen, um die Luxussteuer mit der Zeit vollständig zu Fall zu bringen.

Herr Oberregierungsrat Dr. Hübschmann dankt für die Einladung und gibt seiner Freude Ausdruck, wieder — wie im Vorjahre — an den Verhandlungen teilnehmen zu können. Er betont das angenehme Verhältnis, daß zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Zentralverband seit nunmehr über fünf Jahren bestehe.

In der Luxussteuerfrage weist er zunächst auf die schwierige finanzielle Lage des Reiches hin. Er glaubt nicht, daß die Anträge auf Abschaffung der Luxussteuer einen Erfolg haben werden. Es wird der Luxussteuer zum Vorwurf gemacht, daß sie das Einkommen durch die Erhebungskosten absorbiert. Die Erhebungskosten seien dagegen bei der Luxussteuer außerordentlich gering, viel geringer, wie bei irgend einem Wirtschaftsunternehmen. Zu dem Antrage, die bei dem Einzelhandel erhobene Steuer bei dem Hersteller zu erheben, sagt er nochmals Prüfung zu. Der Redner war früher durchaus für diesen Plan. Aus Berechnungen ergibt sich aber, daß eine Verbilligung durch diese Steuerart nicht erzielt wird. Er erwähnt noch, daß den Mitgliedern des Zentralverbandes im Rahmen des Möglichen im vergangenen Jahre Erleichterungen gewährt worden sind (Luxussteuer-Nummer, Besteuerung der Kalotten usw.). Er bittet, überzeugt zu sein, daß das Reichsfinanzministerium die schwierige Wirtschaftslage des Gewerbes durchaus erkannt und volles Verständnis dafür habe.

Herr Frischmuth (Hannover) begründet den Antrag 4. Er wendet sich vor allen Dingen gegen das Kontrollsystem und gegen die Verwendung ungenügend ausgebildeter und — wie in Hannover vorgekommen — unzuverlässiger Kontrolleure.

Hierauf sprechen noch die Herren Freygang (Leipzig), Hirsch (Reichenbach), Ostwald (Geschäftsführer des Verbandes Westfalen), Bierhenke (Bremen), Brönnede (Harburg), Trau (Dortmund), zur Begründung der von ihren Verbänden gestellten Anträge, sowie Herr Rames (Berlin), Chefredakteur der Deutschen Uhrmacher-Zeitung. Herr Fleig (Mannheim) fragt, wie die Einziehungs- und Berechnungsart der Steuern sich mit dem durch die Reichsverfassung gewährleisteten Schutz des Mittelstandes vertrage.

Herr Hein (Schwerin) wünscht, daß, wenn das Reichsfinanzministerium schon die Anträge 1—9 nicht berücksichtigen kann, so doch wenigstens eine Erfüllung der Forderung des Antrag 9 ins Auge gefaßt wird.